

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Städtzig, Therna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

erschint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: monatlich M. 80.— mit Austragen, Post einchl. der Postgebühren 1/2, jährlich M. 240.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 8.— M., auswärts 10.— M. Amtslich. Teil M. 16.—, Rechtszeile M. 20.—, Beilagegedr. pro Nummer M. 100.— Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Zulage entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güns & Co. Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 122

Mittwoch, den 18. Oktober 1922

33. Jahrgang

## Amtliches.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet Mittwoch, den 18. Oktober d. J. von nachmittags 8—1/2 5 Uhr für Schönglinge und Kleinkinder, (Buchstaben M—Z) in der neuen Schule in Zimmer 4. Naunhof, am 16. Oktober 1922. Der Bürgermeister.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Parteiführer berichten mit dem Reichspräsidenten über die Frage, ob die Neuwahl der Reichspräsidenten bis 1924 oder 1926 aufgeschoben werden soll.
- Der neue Reichsgerichtspräsident Dr. Simons wurde in Leipzig in sein Amt eingesetzt.
- In Berlin kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen den Teilnehmern einer nationalen Versammlung und kommunistischen Gegenemonstranten.
- In Washington Regierungskreisen ist von dem Plane die Rede, die amerikanischen Truppen gänzlich aus dem Rheinland zurückzuziehen.
- Lloyd George erklärt in einer großen politischen Rede, daß er nicht von seinem Amte zurücktreten beabsichtigt.
- Die Griechen haben die planmäßige Räumung Ostthraziens begonnen.

## Der „Ruhesünder“.

Wochenlang hat Lloyd George sich das Gerüchte und Gespöche seiner innerpolitischen wie seiner äußeren Widersacher gefallen lassen. Er hat eine Miene gezeigt, als wenn ihn das ganze Treiben um ihn her überhaupt nichts anginge, als wenn es weder seine Stiefelsohlen berühren noch seine Haut ritzen könnte; hat gewartet, bis die neueste Orientpolitik ihnen unmittelbar bedrohlichen Charakter verlor; ist dann aber plötzlich aufgestanden wie ein Berserker, der es nun genug und übergenug hat, sich auf dem Woklerstuhl der Öffentlichkeit von Frechheit und Bleich zu verspielen zu lassen und hat es geschlagen. Einmal gegen seine lieben Freunde zu Hause, die das Ende der liberal-konservativen Union schon längst für gekommen sehen und den Augenblick ihrer gewaltigen Sprengung kaum noch erwarten können; dann aber auch gegen die lieben Ententegegnossen in der Fremde, die ihm aus seiner türen- und russenfeindlichen Politik gern einen Strich drehen — und dabei zugleich eigene Interessen möglichst unbemerkt vor der großen Öffentlichkeit wahrnehmen möchten. Kampfeslustig wie je, hat er wieder gesagt, daß er an der Spitze der Regierung bleiben, noch daß er gehen wolle, eine Entscheidung, die ja schließlich nicht einzig und allein von seinem Willen abhängt. Nur darüber ließ er Freund und Feind nicht im unklaren, daß er kämpfen werde, und nach seinem ganzen Auftreten in Manchester muß man sogar darauf gefaßt sein, daß er mit förmlicher Wollust kämpfen wird, wenn es dazu kommt.

Zweifelhaft kann es im Augenblick höchstens scheinen, gegen welchen der beiden Gegner, mit denen er es zu tun hat, er mit größerem Grimm erfüllt ist, gegen die Liberalen im Lande, die ihn wegen seiner Orientpolitik schelten und schimpfen, oder gegen die Franzosen, die ihre letzten Erfolge in der Politik und Diplomatie jetzt am liebsten mit dem Stütz des britischen Ministerpräsidenten fördern möchten. Lloyd George trumpsie ordentlich auf mit den Ergebnissen seiner, der neuen Diplomatie, die ja wenigstens den abermaligen Ausbruch eines Orient- und damit vielleicht wieder eines europäischen Krieges verhindert habe, während er der alten Diplomatie, deren Wortführer jetzt über ihn herfallen, den Vorwurf ins Gesicht schleudert, daß sie es nicht verstanden habe, den schrecklichsten Krieg der Weltgeschichte zu verhindern. Sie habe diesen Krieg auf dem Gewissen — wovon man, da ja wohl nicht nur deutsche Staatsmänner in dieser alten Diplomatie lebten, wohl den Schluß ziehen darf, daß Lloyd George heute über die Schuld am Weltkrieg ganz anders denken muß, als er es in früheren Jahren — leider — getan hat. Aber bei allgemeinen Vorwürfen und Zurückweisungen liest er es nicht verwenden. Mit verblüffender Schärfe übte er Kritik daran, daß die Franzosen und nach ihnen die Italiener entgegen den erst kürzlich getroffenen Abmachungen mit England ihre militärischen Streitkräfte vom asiatischen Ufer der Dardanellen zurückberufen und damit die britischen Truppenabteilungen in eine gefährliche Lage gebracht hätten. Er nannte sogar ausdrücklich die französische Regierung als diejenige, deren Vorschlägen für ein gemeinschaftliches Vorgehen an den Meerengen er zugestimmt und die dann ihn und die britischen Generale im Stich gelassen hätte. Die Politik der Aufteilung der Türkei nannte er jetzt eine äußerst kurzfristige Politik, aber er habe sie vorgefunden, als er Premierminister wurde, und so oft er sich bisher bemüht habe, sein Amt auf einen anderen Staatsmann zu übertragen, er habe niemand gefunden, der dazu bereit gewesen wäre. Mit überlegener Ironie malte er dann die Politik aus, die einer seiner Gegner von heute einschlagen würde, wenn er zur Nacht käme, und schloß schließlich in der Ausmalung des Hohns, über die „Freude“, die es dann zu kosten gehen würde. So sicher sieht er sich heute noch in seiner Position, daß er seine zu gemeinsamen Schlagen bereiten Feinde im Angesicht der ganzen Nation mit blutendem Spott überhäuft.

Doch daß man ihm selbstverständlich in England sehr verhasst, und die Franzosen reagierten mit harter Erregung auf die Vorhaltungen, die Lloyd George ihnen gemacht

hat. So geht eine heftige Pressepolemik wieder einmal über den Kanal hin und her. Dazu kommt, daß auch im Schoße des Wiederherstellungsausschusses alles andere eher herrscht als Einigkeit. Der britische Vertreter Bradbury hat jetzt seinen neuesten Etendungsantrag des näheren formuliert, gestützt auf wirtschafts- und währungs- politische Gedankengänge, die nur allzufalls für ausgesprochene Spezialisten auf diesem Gebiete verständlich sind. Schon aber hat Herr Polincaré einige und noch mehr gegen diese Anträge einzurufen, und sein Vertrauensmann Barthou wird wohl in den allernächsten Tagen mit Gegenanschlägen antworten. So sind wir abermals in ein Stadium aufgeregter Verhandlungen hineingeraten, und wenn man in Paris den britischen Ministerpräsidenten auf Grund seiner jüngsten Rede in Manchester wie einen Ruheförder behandelt, der die Siegermächte zu seiner endgültigen Ordnung der europäischen Dinge kommen lasse, so ist das ein überaus bequemeres Verfahren, um sich recht unangenehme Dinge vom Halse zu schaffen. So billigen Kaufes aber wird Lloyd George seine Gegner jetzt wohl nicht mehr davonkommen lassen.

## Reichspräsidentenwahl — erst 1926?

Ein sozialdemokratischer Vorschlag.  
Berlin, 16. Oktober.

Beim Reichskanzler fand heute eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei statt, worin abermals die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten erörtert wurde. Die Volksparteiler ließen durch Dr. Stresemann erneut ihre Bedenken gegen eine bereits am 3. Dezember vorzunehmende Wahl vorbringen. Sie wünschten, den neuen Präsidenten erst im Jahre 1924 zu wählen, weil dann voraussichtlich gleichzeitig der Reichstag wiedergewählt wird. Die Vertreter der Demokraten und des Zentrums schloßen sich im wesentlichen dem Standpunkt der Volkspartei an. Die Sozialdemokraten jedoch widersprachen diesem Vorschlag. Sie stehen grundsätzlich auf dem Boden einer am 3. Dezember vorzunehmenden Neuwahl. Aber auch für sie ist eine andere Lösung noch möglich. Ohne dem Beschluß der Fraktion vorzugreifen, meinten die Vertreter der Partei, vielleicht könne durch ein verfassungsbewusstes Gesetz im Reichstage bestimmt werden, daß die „provisorische“ Präsidentschaft des Herrn Ebert in eine „definitive“ umgewandelt wird, so daß er, ohne eine Neuwahl zu benötigen, für die volle verfassungsmäßige Wahlperiode von 7 Jahren, also bis 1926, im Amte bleiben würde. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärten darauf, daß sie über diesen neuen Vorschlag erst mit ihren Parteifreunden beraten müssen. Die Besprechungen mit dem Kanzler sollen dann fortgesetzt werden. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß der sozialdemokratische Vorschlag ziemlich viel Aussicht auf Durchführung hat, obwohl noch von keiner Seite Beschlässe darüber vorliegen.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

#### Eicherungsmaßnahmen für Flüchtlinge in Oberschlesien.

In den von Polen abgetrennten Gebieten, und zwar namentlich auch in dem polnisch-geordneten Teil Oberschlesiens, werden die Namen der Personen, die für Deutschland abtraten und nach Deutschland als Wanderer beabsichtigen, in den Amtsblättern veröffentlicht. Diese Maßnahmen hat im Verein mit der Tatsache, daß vielfach Personen nach Polen abgewandert sind, ohne ihre Verbindlichkeiten in Deutschland zu regeln, Veranlassung gegeben. Auf deutscher Seite ein ähnliches Verfahren einzuführen. Der preussische Minister des Innern hat eine Verordnung erlassen, die bestimmt, daß die Namen der Personen, von denen bekannt geworden ist, daß sie nach Polen auszuwandern beabsichtigen, laufend öffentlich bekanntgemacht werden.

#### Übergabe der fälligen Goldschahwechel.

Die für 15. Oktober nach dem mit Belgien abgeschlossenen Abkommen fälligen Goldschahwechel wurden der Reparationskommission in Paris übergeben. Die Wechsel lauten unter Verpfändung der Deutschland aus anderen Leistungen zu machenden Guthaben auf einen Gesamtbetrag von 47 445 155 Goldmark.

#### Regierungsprotest gegen Rheinlandsmission.

Der Preussische Richterverein und das königliche Richterkollegium hatten gegen das von der Internationalen Rheinlandsmission ergangene Verbot der Vollstreckung der gegen den Hochverraters Einzeis erlassenen rechtskräftigen Strafurteile deutscher Gerichte protestiert. Nun hat auch die Reichsregierung sich mit der Angelegenheit befaßt. Schritte gegen den unerträglichen Eingriff in die deutsche Rechtsprechung stehen bevor.

#### Förderung des Jugendwanderns.

Aus Anlaß der Niederdeutschen Woche in Bremen, die in erster Linie die Liebe zur Heimat und zum Vaterland pflegen und fördern sollte, ist durch die Reichsregierung der Bielefeld-Gilde in Bremen eine Million Mark für Ausgestaltung und Schaffung von Jugendberbergen in

Nordwestdeutschland zur Verfügung gestellt worden, unter der Voraussetzung, daß Bremen, Hannover und Oldenburg von sich aus weitere zwei Millionen für diese Zwecke aufbringen. Vor einigen Tagen waren Vertreter der Bielefeld-Gilde und des Jugendberbergeauschusses Bremen beim Oberpräsidenten Roßke in Hannover. Bei dieser Gelegenheit bekannte sich Oberpräsident Roßke als Anhänger der Jugendwanderbewegung und versprach, für die Schaffung von Jugendberbergen in der Provinz Hannover zu tun, was in seinen Kräften liege. In Bremen und Oldenburg ist man gleichzeitig bemüht, die nötigen Mittel zusammenzubringen.

### Deutsch-Osterreich.

Die Arbeiter gegen das Genfer Programm. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag, an dem aus Frankreich, aus England Spoor und aus der Tschechoslowakei die Abgeordneten Cecu und Czermał teilnahmen, haben die Sozialdemokraten eine Entschliessung gefaßt, in der mit einer Massenaktion der Arbeiterchaft Österreichs gegen die Durchführung des Genfer Finanzplanes gedroht und die Arbeiterchaft Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei aufgerufen wird, die Durchführung des Genfer Finanzprogramms für Österreich durch eine Aktion des internationalen Proletariats zu verhindern. Dr. Bauer erklärte, Osterreich müsse die fremden Kredite unter den gegebenen Bedingungen ablehnen, da es aus eigenen Mitteln sofort 215 Millionen Goldkronen erhalten könnte, wenn die Banken- und Börsenmittelliefer gezwungen würden, 120 Millionen zu zahlen. Dazu kämen aus der Zwangsanleihe 60 Millionen und 35 Millionen Goldkronen aus dem Bestand der Austro-ungarischen; dieser Betrag würde genügen, die Sanierung einzuleiten. Diese 215 Millionen könnten in acht Monaten aufgebracht werden, während das Genfer Programm mit einem Aufwand von 520 Millionen in zwei Jahren den Zweck nicht erreißen könnte.

### Schweiz.

Arbeiterkongress 1923. Die Internationale Vereinigung für gelebten Arbeiterschlag beendete die Verhandlungen ihrer zehnten Delegiertenversammlung. Sie setzte eine Sonderkommission ein, die einen Kongress für das Jahr 1923 vorbereiten soll. Es sollen weitere Erhebungen über die mit den Betriebs- und Wirtschaftsräten gemachten Erfahrungen gepflogen werden, wobei man besonders von der von dem deutschen Reichspostminister Glöckert gemachten Feststellung ausging, daß mit diesen Räten gute Ergebnisse erzielt worden seien.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Der versuchsweise eingeführte Fernfunktelegraphenverkehr ist auch auf Gdingen, Griort, Rendsburg, Ged. Harburg (Elbe), Kiel und Lübeck ausgedehnt worden.  
Koblenz. Der neue Oberpräsident der Rheinprovinz, Fuchs, wurde durch den Minister des Innern Geyerling mit einer längeren Ansprache in sein Amt eingesetzt.  
Newyork. In Washingtoner Regierungskreisen ist von dem Plane die Rede, die amerikanischen Truppen gänzlich aus dem Rheinland zurückzuziehen.

## Reichsgerichtspräsident Dr. Simons.

Feierliche Amtseinführung in Leipzig.  
Der frühere deutsche Außenminister Dr. Simons ist bekanntlich schon vor mehreren Monaten zum Präsidenten des Reichsgerichts in Leipzig ernannt worden. Nachdem er jetzt von einer Reise nach Südamerika zu einem internationalen juristischen Kongress zurückgekehrt ist, wurde er am Montag vom Reichspräsidenten Ebert und dem Reichsjustizminister Dr. Radbruch feierlich in sein Amt an der Spitze des höchsten deutschen Gerichtshofes eingesetzt.

Der Reichspräsident betonte in seiner Begrüßungsansprache, eine zielbewusste Erziehung zum Gemeinwesen müßte bewirken, daß Recht und Rechtspflege als ein gemeinsames Gut im Bewußtsein und Herzen unseres Volkes lebe. Reichsjustizminister Dr. Radbruch wies darauf hin, daß der neue Reichsgerichtspräsident als Richter aller Stufen, als Mitglied zweier Ministerien und als Berater eines großen Wirtschaftsverbandes die Welt des Rechts von allen Seiten umkreist und als Minister des auswärtigen internationalen Recht und Unrecht mit weitem Ausblick überblickt habe.

Dr. Simons erwiderte in längerer Rede, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß das Reichsgericht die Aufgaben der neuen Zeit erfolgreich in Angriff nehmen werde. Als solche bezeichnete er eine gewisse Vereinfachung des ungeheuren Rechtsstoffes nach großen Linien der Entwicklung, ein Zusammenarbeiten mit den neuen Rechtsinstanzen des Reiches, eine Fühlungnahme mit der Rechtsentwicklung des Deutschen Reichs außerhalb der Reichsgrenzen, insbesondere Deutsch-Osterreichs, und endlich eine ständige Kontrolle der internationalen Rechtsentwicklung, insbesondere nach der Seite der Schiedsgerichtsbarkeit.

## Die Räumung Thraziens.

Die Räumung Thraziens durch die griechischen Organe unter Kontrolle der Alliierten hat begonnen. Die griechischen Militärbehörden haben ein Räumungssystem angenommen, wonach von 15. bis 30. Oktober Ost-Thralien bis zur Linie von Adrianopel in drei Ab-